

Sicherheit und Vertrauen online schützen:

Gegen eine
unbegrenzte
Ausweitung von
Überwachung
und für den
Schutz von
Verschlüsselung

Diese Initiative wird durch zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen getragen.

Die Unternehmen sind Anbieter diverser Kommunikationsdienste von klassischer Telekommunikation, Email, Messenger Services bis hin zu VoiP. Die Unterstützer dieser Initiative sind sehr besorgt über die massive Ausweitung der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) in der "Anpassung des Verfassungsschutzrechts" und insbesondere der Reform des "Artikel 10-Gesetzes", welche Anbieter von Kommunikationsdiensten dazu zwingen könnte, die Sicherheit und Integrität ihrer eigenen Dienste einzuschränken, um Nachrichtendiensten bei der Spionage zu unterstützen.

Die Sicherheit und Integrität digitaler Kommunikation ist zentral für die weitere erfolgreiche Digitalisierung und das Vertrauen in digitale Dienste. Dies darf nicht durch eine massive Ausweitung digitaler Überwachung gefährdet werden. Die aktuell geplante Ausweitung der Quellen-Telekommunikationsüberwachung und die damit verbundene Verpflichtung für Anbieter von Kommunikationsdiensten, bei der Überwachung mitzuwirken und im schlimmsten Fall die eigenen Nutzer zu hacken, gefährdet die Cybersicherheit aller Bürger, Unternehmen und der Zivilgesellschaft. Dies würde nicht nur die Sicherheit digitaler Dienste schwächen. Wenn gerade Deutschland eines der schärfsten und invasivsten Überwachungsgesetze mit weitreichenden Überwachungsmaßnahmen verabschiedet, würde dies auch ein fatales Signal an autoritäre Regime weltweit senden.

Forderungen:

Die Unterzeichner dieses gemeinsamen Briefes fordern die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, sich für starke Verschlüsselung und den Schutz privater Kommunikation einzusetzen und diese in allen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft zu fördern. Dies bedeutet konkret:

- Keine weiteren gesetzlichen Maßnahmen zu ergreifen, die eine Schwächung oder das Brechen von Verschlüsselung zur Folge hätten.
- Insbesondere die Mitwirkungspflicht für Unternehmen bei der Reform des Bundesverfassungsschutzrechts zu verzichten, die Unternehmen zum verlängerten Arm der Nachrichtendienste machen und die Cybersicherheit erheblich gefährden würde.
- Die Anpassung des Verfassungsschutzrechts mit der Mitwirkungspflicht nicht in Eile durch das parlamentarische Verfahren zu treiben, sondern die Wirtschaft und Zivilgesellschaft einzubeziehen. Dies erfordert einen Dialog mit Bürgern, Zivilgesellschaft und Industrie.

Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung und den Bundestag auf, die Verschlüsselung zum Schutz der privaten und beruflichen Kommunikation mittel- und langfristig zu stärken:

- Für viele zivilgesellschaftliche Organisationen ist verschlüsselte Kommunikation das oftmals einzige Mittel um mit besonders schutzbedürftigen Menschen zu kommunizieren. Dies gilt insbesondere für Menschen die im Ausland staatlicher Repression und Verfolgung ausgesetzt sind.
- Verschlüsselung dient aber auch dem Quellenschutz investigativer Journalist*innen und ist damit ein unverzichtbarer Bestandteil der Medienarbeit in einer liberalen, demokratischen und resilienten Gesellschaft. Für die Kontrollfunktionen der vierten Gewalt im Staat ist sie daher unerlässlich.
- Für viele Millionen Menschen in Deutschland ist es zudem selbstverständlich, durch Verschlüsselung sicher im Privat- und Berufsleben kommunizieren zu können. Das Vertrauen in die Integrität von digitaler Kommunikation ist der Grundpfeiler der erfolgreichen Digitalisierung unserer Gesellschaft.
- Sichere Verschlüsselung ist aber auch ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor. Für viele IT-Unternehmen ist das Anbieten von sicherer und verschlüsselter Kommunikation (insbesondere *Made in Germany / Made in the EU*) ein wichtiges und wachsendes Geschäftsfeld.

Insbesondere in der aktuellen globalen Pandemie, in der die digitale Kommunikation eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens erfüllt, müssen Menschen darauf vertrauen können, dass die Politik alles unternimmt, um die Cybersicherheit und die Integrität von verschlüsselter Kommunikation zu gewährleisten.

Die Unterzeichner:



Bundesverband IT-Mittelstand e.V. (BITMi)



Bundesverband IT-Sicherheit e.V. (TeleTrust)



eco – Verband der Internetwirtschaft e. V

FACEBOOK

Facebook



G DATA CyberDefense AG



Dr. Sven Herpig,

Leiter Internationale Cybersicherheitspolitik, Stiftung
Neue Verantwortung*



Verband der Anbieter von
Telekommunikations- und Mehrwertdiensten
(VATM) e.V





Association for Proper
Internet Governance



Riana Pfefferkorn,
Research Scholar, Stanford Internet
Observatory*

Maria Koomen
Open Governance Network for Europe*



JCA-NET



Internet Society Bolivia



Law and Technology Research
Institute of Recife (IP.rec)



Global Partners Digital